

ÖFFENTLICHE BESCHLUSSVORLAGE**Amt/Eigenbetrieb:**

20 Stadtkämmerei

Beteiligt:

30 Rechtsamt

Betreff:

IV. Nachtrag zur Hundesteuersatzung der Stadt Hagen vom 19. Dezember 1997

Beratungsfolge:

18.09.2008 Haupt- und Finanzausschuss

16.10.2008 Rat der Stadt Hagen

Beschlussfassung:

Rat der Stadt Hagen

Beschlussvorschlag:

Der IV. Nachtrag zur Hundesteuersatzung der Stadt Hagen vom 19. Dezember 1997, der Gegenstand der Niederschrift ist, wird beschlossen.

Realisierungstermin: 01.11.2008

Kurzfassung

Der Steuersatz für das Halten von Hunden wird auf Empfehlung des Mentors erhöht.

Aufgrund geänderter Rechtsgrundlagen ist eine redaktionelle Anpassung der Hundesteuersatzung im § 8 Absatz 1 und 2 sowie im § 9 der Hundesteuersatzung vorzunehmen.

Begründung

Die jährliche Hundesteuer beträgt in Hagen 116 € für den ersten Hund, 134 € ab zwei Hunden für jeden Hund und 147 € ab drei Hunden für jeden Hund.

Damit liegt der Steuersatz in Hagen im Vergleich zu anderen Gemeinden im unteren Drittel. Die Hundesteuer als örtliche Aufwandssteuer liegt im Ermessen der Gemeinde und dient neben ordnungspolitischen Gesichtspunkten auch finanzpolitischen Erwägungen.

Vom Mentor wurde die folgende Erhöhung der Hundesteuer empfohlen, der vom Rat der Stadt im Rahmen der Beschlussfassung über das erste Sparpaket am 19. Juni 2008 bereits zugestimmt wurde:

§ 2 - Steuermaßstab und Steuersätze

Die Steuer beträgt jährlich, wenn von einem Hundehalter oder mehreren Personen gemeinsam

nur ein Hund gehalten wird	128 €
zwei Hunde gehalten werden	148 € je Hund
drei oder mehrere Hunde gehalten werden	164 € je Hund.

Hunde, für die Steuerfreiheit nach § 3 Abs. 2 oder § 3a gewährt wird, werden bei der Berechnung der Anzahl der Hunde nicht berücksichtigt; Hunde, für die Steuerermäßigung nach § 3 Abs. 3 gewährt wird, werden mitgezählt.

Die Rechtsmittel gegen Steuerbescheide und sonstigen Maßnahmen aufgrund dieser Satzung richten sich nach den Bestimmungen der Verwaltungsgerichtsordnung und nach dem Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung.

Diese Vorschriften haben sich geändert. Diese Änderung ist in der Hundesteuersatzung unter § 8 (1) zu berücksichtigen.

Die geänderte Fassung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes ist unter § 8 (2) ebenfalls zu beachten.

Die Rechtsvorschrift nach dem KAG NRW ist unter § 9 der Hundesteuersatzung zu aktualisieren.

Daher erhält die Hundesteuersatzung folgende Änderungen:

Alte Fassung:

§ 8 (1)Verwaltungsgerichtsordnung vom 21. Januar 1960 (BGBl. I S.17) und dem Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung im Lande Nordrhein-Westfalen (AGVwGO) vom 26. März 1960 (GV NRW S. 47/SGV NRW 303)...

Neue Fassung:

§ 8 (1)Verwaltungsgerichtsordnung vom 19. März 1991(BGBl. I S. 686) zuletzt geändert durch Artikel 13 G zur Neuregelung des Rechtsberatungsrechts vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I. S. 2840) und dem Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung im Lande Nordrhein-Westfalen (AGVwGO) vom 26. März 1960 (GV NRW S. 47/SGV NRW 303) zuletzt geändert durch Art. I Gesetz vom 30. Oktober 2007 (GV NRW S. 445).....

Alte Fassung:

§8 (2)gilt das Verwaltungsvollstreckungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVG NW) vom 23. Juli 1957 (GV NRW S. 216/ SGV NRW 2010).....

Neue Fassung:

§8 (2) ...gilt das Verwaltungsvollstreckungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVG NRW) vom 19. Februar 2003 (GV NRW S. 156/SGV NRW 2010), zuletzt geändert durch Artikel 1 Gesetz vom 09. Oktober 2007 (GV NRW S. 379)

Alte Fassung:

§ 9Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV NRW S. 712/SGV NRW 610), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 1992 (GV NRW S. 561)

Neue Fassung:

§ 9..... Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV NRW S. 712/SGV NRW 610), zuletzt geändert durch Art. X Gesetz vom 09. Oktober 2007 (GV NRW S. 392)

..... Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV NRW S. 712/SGV NRW 610), zuletzt geändert durch Art. X Gesetz vom 09. Oktober 2007 (GV NRW S. 392)...

Artikel II

Dieser Nachtrag tritt am 01. Januar 2009 in Kraft.

Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

Ja

Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister**Gesehen:**_____
Stadtkämmerer_____
Stadtsyndikus_____
Beigeordnete/r**Amt/Eigenbetrieb:**

20 Stadtkämmerei

30 Rechtsamt

Gegenzeichen:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:**Amt/Eigenbetrieb:****Anzahl:**
